

**B A K**  
**Bundesarbeitskreis**  
**der Seminar- und Fachleiter/innen e.V.**  
**Landesgruppe Hessen**

Niederschrift über die offene Mitgliederversammlung  
am 09. 11. 2007 in Frankfurt / Main  
mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der im  
Hessischen Landtag vertretenen Parteien

Thema:

„Weiterentwicklung der Lehrerbildung in Hessen  
in der nächsten Legislaturperiode und darüber hinaus“  
(Aktenzeichen IQ: 0333590; Anbieter-Kennung-BAK: F 002241)

Zeit: 09. November 2007, 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr  
Ort: Behördenzentrum / Verwaltungsfachhochschule / Raum: U 1.50 a-c  
Gutleutstraße 130  
6 0 3 2 9 Frankfurt/Main  
Anwesende: **Frau MdL Heike Habermann (SPD),**  
**Frau MdL Dorothea Henzler (FDP),**  
**Herrn MdL Dr. Norbert Herr (CDU),**  
**Herrn MdL Mathias Wagner (Bündnis 90/GRÜNE),**  
Landesvorstand, über 50 BAK-Mitglieder und weitere Gäste  
(vgl. Teilnehmerliste im Anhang)

Versammlungsleiter: Herr Herbert Lauer

### Tagesordnung

#### TOP 1: Begrüßung / Eröffnung

Herr Lauer eröffnet kurz nach 15 Uhr die Versammlung, begrüßt die Anwesenden, insbesondere die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien, nämlich Frau MdL Heike Habermann (SPD), Frau MdL Dorothea Henzler (FDP), Herrn MdL Dr. Norbert Herr (CDU) und Herrn MdL Mathias Wagner (Bündnis 90/GRÜNE). Herr Lauer verweist auf die gute Tradition des BAK, im Vorfeld von hessischen Landtagswahlen die bildungspolitischen Fachleute der im Landtag vertretenen Parteien einzuladen und um eine Stellungnahme zur aktuellen Lehrerausbildungssituation wie um eine Darlegung der Visionen einer Weiterentwicklung zu bitten. Er weist auf das Positionspapier des BAK hin, betont die Überbelastung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst wie die der Ausbilder. Aktuell stünden ca. 600 Ausbilder 4800 Referendaren gegenüber.

Der Versammlungsleiter lässt zur Festlegung der Vortragsabfolge Lose ziehen und informiert die Anwesenden darüber, dass er den vier Bildungspolitikern drei Fragestellungen hat zukommen lassen, anhand derer ein jeweils fünfzehnminütiger Vortrag erbeten worden sei. Im Folgenden die Fragen von Herrn Lauer:

1. **Längerfristig:** Die ‚eigenverantwortete Schule‘ ist das Ziel der aktuellen Schulpolitik. Was folgt aus dieser Eigenverantwortung der Schulen für die Ausbildung der Lehrkräfte in Hessen? Werden die Schulen sich ihre Lehrkräfte eigenverantwortet ausbilden? Welche Rolle werden die Studienseminare und das Amt für Lehrerbildung in Zukunft – in ca. 10 Jahren spielen?
2. **Mittelfristig:** Wie werden Sie mit der Tatsache umgehen, dass die Ausbildung der Lehrkräfte in den einzelnen Bundesländern immer unterschiedlicher wird? Vgl. z.B. Rheinland-Pfalz mit seiner ‚dualen‘ Lehrerbildung von Universitäten und Studien-seminaren, wobei letztere Schulpraktika im Studium verantworteten und wobei der Vorbereitungsdienst auf 15 Monate verkürzt wurde. Vgl. z.B. Schleswig-Holstein mit seiner de-facto-Abschaffung der Studienseminare und Verlagerung des Kernes der Ausbildung an die Schulen.
3. **Kurzfristig:** Wie stellen Sie sich die Beseitigung der aus dem Hessischen Lehrerbildungsgesetz vom 29. 11. 2004 und der Umsetzungsverordnung vom 16. 03. 2005 resultierenden Probleme vor? (Die Überlegungen des BAK, „BAK Hessen zur Reformreform“, liegen Ihnen und den Anwesenden vor.)

## TOP 2: Stellungnahmen der bildungspolitischen Sprecher/innen der vier Parteien

### • Frau MdL Heike H a b e r m a n n ( S P D ):

1. Die eigenverantwortete qualitativ arbeitende Schule sei mittelfristiges Ziel der SPD. Die Arbeit in den Schulen sei an Kompetenzen und Standards zu orientieren, die Lehrpläne würden als zu einengend empfunden. Die Schulträger sollen in der Ressourcenfrage einbezogen, Fortbildungsbudgets von Schulen mit den Studien-seminaren abgestimmt werden, der Staat aber die Aufsichtsfunktion behalten. Mit der Stärkung der Schulleitungen solle die Erweiterung der schulischen Gestaltungsräume einhergehen. Eine neue Struktur der Mitbestimmung sei ebenfalls ein Ziel.
2. Der föderale Wildwuchs im Bildungssektor werde bedauert, ebenso die Tatsache, dass eine Stärkung der Kernkompetenzen des Bundes in dieser Hinsicht nicht zustande gekommen sei, ferner die Nichtberücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die SPD habe ein neues Konzept zur Lehrerbildung entwickelt: Im Mittelpunkt müsse der Arbeitsplatz Schule stehen, womit den Forderungen nach Polyvalenz des Studiengangs eine Absage erteilt werde. In einer verbindlichen Eingangsphase ins Lehrerstudium werde unter Beteiligung der an den Studien-seminaren Tätigen ein Praktikum stehen. Das HLBG habe es nicht geschafft, die Praxisanteile in der Lehrerausbildung zu verstärken. Deren I. Phase solle für alle Lehrämter gleich lang sein, denn deren Arbeit an den Schulen sei als gleichwertig einzustufen; man wolle aber hinsichtlich I. und II. Phase über ‚Einphasigkeit‘ nachdenken, wobei die Studienseminar-Ausbilder in die I. Phase eingebunden werden sollten. In der Berufseinführungsphase solle dann der/die junge Lehrer(in) bei vollem Gehalt von Studienseminar-Fachleitern und Mentoren der Schulen betreut werden.
3. In folgender Hinsicht seien Verbesserungen am ‚status quo‘ geplant: Verringerung der Arbeitszeit in den Modulen; Reduzierung der Modulanzahl; Reduzierung des eigenverantworteten Unterrichts; stärkere Berücksichtigung der Praxis in der Modulbewertung; Problematisierung bzw. Abschaffung der Theorielastigkeit einiger Modulinhalte. Weiterhin sei zu fragen, ob die frühe Benotung in der Einführungsphase sein und ob es bei der derzeitigen Zusammensetzung der Prüfungskommissionen bleiben müsse. Auf Strukturmodelle solle verzichtet, den Studienseminaren die Ausgestaltung ihrer Arbeit anhand von Richtlinien überlassen bleiben.

- **Herr MdL Dr. Norbert Herr (CDU):**

1. Die Situation derzeit stelle sich für ihn wie folgt dar: Derzeit liefen Modulkonferenzen und auch deren Auswertung; die alte Ausbildungsverordnung (APVO) sei an vielen Stellen kritisierbar gewesen. In dieser Legislaturperiode könne allerdings mit Veränderungen nicht mehr gerechnet werden. Im Mittelpunkt aller Bemühungen stehe der Unterricht als Kerngeschäft des Lehrers, gespiegelt in der Anzahl der Fachmodule (6). Man denke über die Reduzierung der (allgemeinpädagogischen) Module nach, wobei bewusst geworden sei, dass die EG-Leiter an den Schulen fehlen. 16 LiV pro Modulverantwortlichem sei als Gruppengröße in den Modulveranstaltungen festgeschrieben. Über eine Reduzierung der Präsenzzeiten der LiV werde nachgedacht. Die Anfertigung der schriftliche Arbeit sei ja jetzt eingerechnet worden, allerdings fehle noch die Berücksichtigung der Vorbereitungszeit eigenen Unterrichts. Die Rolle der Mentoren müsse aufgewertet werden; zu denken sei an eine Vergabe von 35 Leistungspunkten. Das U-plus-Budget müsse erhöht werden. Die errechnete Summe beliefe sich auf 2,6 Millionen Euro. Um einen wirklich guten Zustand zu bewirken, bräuchte man 7 Millionen Euro - ergo: Es geht alles nicht so schnell. Die Kapazität sei nicht mitgewachsen – trotz Arbeitszeiterhöhung. Obwohl die Schülerzahlen zurückgingen, wolle die CDU aber keine Lehrerstellen abbauen, im Gegenteil: 2500 neue Lehrerstellen wolle die CDU schaffen.
2. Die CDU wende sich entschieden gegen die Abschaffung der Studienseminare, gegen die Einphasigkeit in der Lehrerbildung und gegen den ‚Einheitslehrer‘, wie dies die SPD im Sinn habe.
3. Eine engere Verzahnung der I. und II. Phase in der Lehrerausbildung werde angestrebt, z. B. könnten Fachleiter der Studienseminare bei der Betreuung der Praktika wie auch bei Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer mitwirken; eine Öffnung von Modulveranstaltungen für Lehrer sei zu überlegen.

- **Frau MdL Dorothea Henzler (FDP):**

Ihren Antworten auf Herrn Lauers Fragen stellt Frau Henzler einen Hinweis auf die neuste McKinsey-Studie voran, an die die FDP anknüpfe: Gute Schüler gingen auf gute Lehrer zurück, die Notwendigkeit einer guten Ausbildung des Lehrpersonals sei unbedingt nötig, die Auswahl geeigneter Lehrer und deren Weiterbildung unverzichtbar.

1. Mit dem Konzept der eigenverantwortlichen Schule sei ein Rollenwechsel der Lehrer verbunden: das Lernenlernen der Schüler zu begleiten, die individuelle Förderung der Schüler zu betreiben sei Aufgabe der Lehrer und dafür brauche man keine ‚Einheitsschule‘. Aufgabe sei aber auch, die Qualitätsstandards zu überprüfen. Eine Ausbildung der LiV allein durch die Schulen wolle die FDP nicht. Für die Lehrerausbildung in Hessen und ein einheitliches hohes Niveau hätten das Amt für Lehrerbildung und die Studienseminare zu sorgen, die folglich erhalten bleiben müssten. Eine Reform der Bildungsverwaltung mit überregionaler Zuständigkeit, eine Rückkopplung aus der III. Phase stünden noch aus. Über den Fortbestand des I. Staatsexamens sei man in der Diskussion; nach der Modulbewertung in der universitären I. Phase müsse ggf. eine Eingangsprüfung durch das AfL vor Eintritt in das Referendariat erfolgen. Die FDP wolle den Erhalt der Schulformen als auch der entsprechenden Bildungsgänge.
2. Die Konzentration auf Leistung und Qualität im neuen HLBG würden im Bundesländervergleich anerkannt; kritische Überlegungen konzentrierten sich auf folgende Punkte: Es gebe zuviele Module. Diese seien vielfach überfrachtet. Man stehe hinter der Dauer von 24 Monaten für die II. Phase, die durch Begleitung der Referendare durch die Studienseminare und durch Mentoren gekennzeichnet sein solle. Der Status der Didaktiker an den Universitäten sei leider gering, demzufolge die Einbeziehung von Seminarangehörigen in die universitäre Betreuung als riskant einzustufen. Fragen zur Verkürzungs- und Orientierungsanpassung müssen beantwortet werden, um die Integration von Lehrern in Hessen zu leisten, und zwar nicht nur in Bezug auf Mangelfächer.

3. Das Hessische Lehrerbildungsgesetz erscheine für Referendare wie für Ausbilder überladen: zu hoher Anteil eigenverantworteten Unterrichts der LiV, unrealistische Zeitfaktoren für Unterrichtsvorbereitung, Hospitation, eigenverantworteten Unterricht und Unterricht unter Anleitung. Zu fordern sei ein ausgewogenes Verhältnis von Unterrichtsarbeit und Ausbildung. Man strebe an, einen Rahmen zu schaffen und dessen Ausgestaltung den Studienseminaren zu überlassen. Standardisierte Lehrpläne, Wertschätzung der Arbeit der Mentoren seien weitere Ziele. Man strebe deswegen eine 105 % Lehrerversorgung der Schulen an, um eine entspanntere Situation zu schaffen. Solide Bildung genieße in der FDP traditionsgemäß einen sehr hohen Stellenwert.
- **Herr MdL Mathias Wagner (Bündnis 90/Grüne)**
    1. Ziel der GRÜNEN sei, die Fehler der letzten Reform zu korrigieren, wofür es Zeit brauche, nämlich die nächste Legislaturperiode. Man strebe keine neue Reform an, bevor nicht die Fehler der letzten Reform korrigiert worden seien. Ansatzpunkte hierfür wären die Notwendigkeit, die Module zu entschlacken - hinsichtlich Zahl und Inhalt - , die Reduzierung der Arbeitszeit der LiV, die Stärkung der Mentorentätigkeit, die Einsicht in die Tatsache, dass eine Lehrerpersönlichkeit mehr ausmache als die Summe der Module, die Berücksichtigung der Sicht der Praktiker, wie sie z.B. im 27 -Punkte-Papier der GEW und den Forderungen des BAK zum Ausdruck komme, die Erkenntnis, dass derzeit zu wenige Lehrer in wichtigen Fächern ausgebildet werden.
    2. In mittel- und langfristiger Perspektive wolle man einen Dialogprozess beginnen, keine abgehobene Selbstverwirklichung von Politikern in der Lehrerbildung zulassen, das Prinzip der Eigenverantwortung stärken, keine politische Detailsteuerung betreiben, sondern einen Rahmen setzen, der die Gestaltung von Freiräumen erlaube. Im Übrigen sei man der Auffassung, dass sich Bildungs-steuerung eher an Altersstufen denn an Schulformen zu orientieren habe. Abgelehnt werde eine Bevormundung der Eltern bei der Schulwahl ihrer Kinder. Fragen der Besoldung, der Beförderung werden in engem Zusammenhang gesehen mit der Ausbildung und der Arbeitszeit.
    3. Auf Herrn Lauers Fragen direkt eingehend: Abgelehnt werde die Idee, die Schulen könnten ihre eigenen Lehrer ausbilden. Dies müssten eigenverantwortlich arbeitende Studienseminare leisten. Den Seminaren und dem AfL gehe es gut; sie würden gebraucht – folglich sollen sie erhalten bleiben. Pessimistisch sei er hinsichtlich der Einigungsfähigkeit der Bundesländer in Bildungsfragen; auch das Arbeitstempo der KMK werde sich in den nächsten zehn Jahren wahrscheinlich nicht beschleunigen. Die aus gemachten Erfahrungen heraus erwachsene Konnotation UVO/UFO möge die Dringlichkeit von Dialogprozessen unterstreichen.

**TOP 3: Aussprache** (nach einer kurzen Kaffeepause ab 16.20 Uhr)

Herr Lauer eröffnet die Diskussion und übernimmt die Gesprächsleitung.

### **1. Prognosen hinsichtlich der Entwicklung im europäischen Bildungswesen im Gefolge des Bologna-Prozesses von 1999:**

- **Frau Habermann (SPD):** Die Lehrerbildung sei auf die Vereinbarungen verpflichtet, was sich in der Modularisierung der II. Phase zeige. Zu fragen sei, ob ein I. und II. Staatsexamen angemessene Abschlüsse seien. Ein Bachelor-/Masterstudiengang für alle Lehrämter sei vorgesehen; einen ‚Lehrer light‘ werde es mit der SPD nicht geben.
- **Herr Dr. Herr (CDU):** Die Schere der Entwicklung in Europa werde auseinander gehen.
- **Frau Henzler (FDP):** Sie persönlich sei skeptisch hinsichtlich der Konstruktion von Bachelor-/Masterstudiengängen für Lehrer und meine, dass das II. Staatsexamen beibehalten werden solle. Im Übrigen seien Strukturfragen weniger wichtig als individuelles qualitätvolles Handeln.
- **Herr Wagner (Bündnis 90/GRÜNE):** Es sei auffällig, dass der Staat in den Bereichen, wo er selbst der Abnehmer der Studierenden sei, auf die Einführung von Bachelor-

/Masterstudiengänge verzichte. Für die Lehrerausbildung sei dies eine Entwicklung, an der die GRÜNEN in der kommenden Legislaturperiode nicht ändern wollten.

2. **Bedeutung der Studienseminare, gemessen an Budgetfragen?** (Hintergrund: Im Gegensatz zu Schulen und Universitäten haben Studienseminare kein Budget; angesichts der Notwendigkeit, neue Formate, Kompetenzen im Sinne einer guten Ausbildung zu erproben, müsse man Partner suchen, die zu bezahlen seien. 500 Euro stehen den Seminaren für Fortbildungszwecke pro Jahr zur Verfügung.)

- **Herr Dr. Herr (CDU):** Zu fragen sei nach dem Verwendungszweck.
- **Frau Henzler (FDP):** Studienseminare sollen sich als Zentren lebensbegleitenden Lernens begreifen und ihre Leistungen anbieten und auch verkaufen.
- **Frau Habermann (SPD):** In der SPD habe man sich damit noch nicht auseinandergesetzt; ihrer Ansicht nach sollten es aber mehr als 500 Euro sein.
- **Herr Wagner (Bündnis 90/GRÜNE):** Die Vorstellung eines Seminarbudgets besitze Charme; Ziele müssten vereinbart und Raum zugestanden werden.

Herr Lauer weist auf fehlgeschlagene Versuche des Frankfurter Studienseminars hin, ein ‚Dreiecksgeschäft‘ (Seminar → Universität → Staatliches Schulamt → Seminar) zu etablieren. Allerdings sei es gelungen, zwei Kooperationsverträge zu schließen.

3. **Ermöglichung der Ausbildungsqualität durch theoriegeleitete Begleitung der Praxis - Unverzichtbarkeit der Mentoren, denen etwas gegeben werden müsse ! Notwendigkeit, Überstunden der Ausbilder abzubauen durch Bereitstellung von Finanzmitteln bzw. Freistellung aus dem Unterricht ! Verhinderung der Teilnahme an Unterrichtsbesuchen von Mentoren wegen der Aktion U-plus!**

- **Herr Dr. Herr (CDU):** Die Unterrichtsabdeckung sei erstes Ziel der CDU in Hessen gewesen; jetzt sei sie erreicht. Die nächsten Schritte seien die Reduzierung und Entschlackung der Module. Entlastungsstunden für Ausbilder als auch für Mentoren seien allerdings kostenintensiv !
- **Frau Henzler (FDP):** Die FDP strebe eine Abschaffung der Aktion U-plus an.

4. **Eigenständigkeit der Studienseminare im Gefolge des Bologna-Prozesses?**

- **Herr Dr. Herr (CDU):** Die angestrebte Mobilität in Europa werde durch Gehaltsgefälle, hohe Sprachanforderungen und ungleiche Voraussetzungen eingeschränkt. Schon in seiner Referendarzeit aber habe es große Unterschiede in den Notendurchschnitten der Seminare gegeben.
- **Frau Henzler (FDP):** Eine eigenverantwortlich arbeitende Schule müsse die Möglichkeit haben, zum Beispiel einen ‚native speaker‘ ohne Beamtenstatus einzustellen, der nur Englisch unterrichte. Überkommene Berufsbilder weichten auf; im beruflichen Schulwesen sei man hiermit schon vorangekommen. Studienseminare als Zentren lebensbegleitenden Lernens müssten im Rahmen von Zielvereinbarungen ihre Dinge selbst regeln (dürfen).
- **Frau Habermann (SPD):** Feststellbar sei, dass nur wenige deutsche Lehrer ins Ausland gingen, obwohl die Wissensvermittlung an Kinder im europäischen Ausland deutlich anerkannter als in Deutschland sei. Eine andere Sichtweise auf Wissensvermittlung sei daher nötig. Die Begleitung der Praxis sei wichtig; die Ausbildungsschulen müssten über entsprechende Ressourcen verfügen. Seminare wie Schulen wüssten, was sie brauchen, daher solle man lediglich ‚Richtlinien‘ verordnen.
- **Herr Wagner (Bündnis 90/GRÜNE):** Man sei derzeit weit entfernt von der geforderten beruflichen Freizügigkeit in Europa. Auf absehbare Zeit müsse es Abkommen auf Gegenseitigkeit geben. Was die Studienseminare angeht, gelte es, das Ergebnis der Ausbildung zu definieren und den zu beschreitenden Weg variabel zu halten. Hinsichtlich der III. Phase gebe es ein Angebotsproblem: Die Schulen hätten nicht die Fortbildung, die sie bräuchten.

## 5. Referendariat in Teilzeitform

- **Herr Wagner (Bündnis 90/GRÜNE):** Dies müsse im Sinne der zu fordernden Familienfreundlichkeit möglich sein.
- **Frau Habermann (SPD):** Entsprechende Flexibilität müsse im genannten Sinne möglich sein, entsprechend seien Ressourcen für den Bildungsbereich bereit zu stellen. Es gebe aber hierzu in der SPD noch keine Berechnungen.
- **Frau Henzler (FDP):** Eine Verlängerung des Referendariats müsse aus familiären Gründen ermöglicht werden.
- **Herr Dr. Herr (CDU):** Für vorbildlich halte er die Umwidmung einer Hausmeisterwohnung an einer Schule in einen Kindergarten, den die Lehrer finanzierten. Es gelte, Geld in die Hand zu nehmen und die Ausbildungsarbeit realistisch zu berechnen.

Um 17.10 Uhr bedankt sich Herr Lauer bei den bildungspolitischen Sprechern der vier Parteien, verabschiedet die Gäste mit der Einschätzung, etwas beruhigter in die Zukunft zu schauen, und leitet zum internen Teil der BAK-Mitgliederversammlung über.

Wettenberg, 18. November 2007

.....  
(Barbara Jessen, Schriftführerin)